

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 21 38. Jg.

22. Mai 1925

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch die Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,80 Mk.

Redaktion:

Hans Ronniger, Berlin N 24, Eisenstraße 86-88 III. Redaktionsschluß: Montag, Telefon Amt Norden 4268. Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. - Druck und Expedition: Conrad Müller, Schenkenditz-Leipzig, Auguststraße 8-9.

Insertion.

Für die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. **Zuschriften an die Expedition erbeten.** Postverlagsort Schkeuditz.

Kampf oder Verständigung?

II.

Wenn wir in unseren vorausgegangenen Darlegungen trotz starker Zurückhaltung durchblicken ließen, daß man der Gehilfenschaft schlechterdings nicht zumuten kann, einen erheblichen Teil der Unternehmerträge zur Tarifberatung ernst zu nehmen, hatten wir dabei auch den Unternehmerantrag zu § 5, Lehrlingswesen, Ziffer 5 und 6 im Auge. Die Unternehmer fühlen sich stark genug, folgendes zur Festlegung der Lehrlingsstaffel zu beantragen:

„Bei 0 bis 2 tätigen Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendruckergehilfen sowie bei

0 bis 2 tätigen Lithographen, Kartolithographen, kartographischen und graphischen Zeichnern, Kupferstechern, Notenstechern, Photolithographen und Photographen darf 1 Lehrling, bei 3 bis 4 Gehilfen dürfen 2 Lehrlinge, bei 5 bis 6 Gehilfen dürfen 3 Lehrlinge, bei 7 bis 8 Gehilfen dürfen 4 Lehrlinge, bei 9 bis 11 Gehilfen dürfen 5 Lehrlinge, bei 12 bis 14 Gehilfen dürfen 6 Lehrlinge und auf je weitere 3 Gehilfen 1 weiterer Lehrling mehr ausgebildet werden.“

Weiter wird von ihnen verlangt, daß die Bestimmung der Ausbildung von Notendrucklehrlingen in der Überdruckkolonne und an der Notendruckmaschine gestrichen wird.

Wir fragen nur in aller Bescheidenheit: Sind die Unternehmer wirklich der komischen Ansicht, daß auf der Basis ihrer Anträge überhaupt eine Verhandlung möglich ist? Wer das glaubt, muß mit dem Mann im Monde in naher verwandtschaftlicher Beziehung stehen und in Wolkenkuckuckheim seine Heimat haben!

Ein Ausbund von Wirklichkeitssinn sind den Anträgen der Unternehmer gegenüber die Anträge der Gehilfenschaft. Sie verlangen:

1. daß der Urlaub zum Besuche der Fortbildungsschule den Lehrlingen bezahlt wird,
2. daß für die Berechnung der Lehrlingszahl schichtarbeitende und zur Aushilfe beschäftigte Gehilfen ausscheiden und Volontäre zu den Lehrlingen zählen,
3. daß nach zweijähriger Lehrzeit sich der Lehrling einer Vorprüfung durch die örtliche Überwachungskommission unterziehen muß,
4. daß das Wochengeld der Lehrlinge im 1. Lehrjahr 6,- Mk., im 2. Lehrjahr 10,- Mk., im 3. Lehrjahr 15,- Mk. und im 4. Lehrjahr 20,- Mk. beträgt,
5. daß die Lehrlinge im 1. Lehrjahre 9, im 2. Lehrjahre 8, im 3. Lehrjahre 7 und im 4. Lehrjahre 6 Arbeitstage Ferien erhalten,
6. daß die Lehrlinge bei verkürzter Arbeitszeit mit produktiver Arbeit nicht länger beschäftigt werden dürfen als die Gehilfen und daß
7. die Protokollnotiz zu § 5 zu streichen ist und die Staffel wie bisher in Geltung zu lassen.

Soweit die materielle Seite sowie die Sorge um eine gute Ausbildung der Lehrlinge in Frage kommt, dürfte es selbst den so widerspruchsfreien Unternehmervertretern schwer fallen, beachtliches gegen die Anträge der Gehilfen einzuwenden.

Auch an der Feiertagsbezahlung wollen die Unternehmer eine Scheibe abschneiden. Sie wünschen deshalb folgenden neuen Absatz dem § 6 Absatz 1 angefügt:

„Zu vergütende Feiertage sind: 1. Neujahr, 2. Ostermontag, 3. Pfingstmontag, 4. und 5. die beiden Weihnachtsfeiertage und höchstens 3 weitere Feiertage, die orts- oder kreisweise zu vereinbaren sind.

„Sofern bisher weniger als 3 Feiertage in Frage kamen, verbleibt es hierbei.“ Ferner soll die Protokollnotiz bezüglich des 3. Pfingstfeiertages gestrichen werden.

Die Gehilfen haben nur einen Antrag gestellt, der die Feiertagsbezahlung der Stücklohnarbeit-

ter auch für findige Unternehmer so regelt, daß nichts unterzulegen ist. Mit der Annahme dieses Antrages muß die Beratung dieser Tarifposition ihr Ende gefunden haben, denn über die Anträge der Unternehmer läßt sich doch einfach gar nicht reden. Oder sind die Unternehmer der Meinung, daß die Gehilfen durch die Wahl Hindenburgs so verdattert sind, daß man ihnen die tollsten Dinge andrehen kann? Es wäre für das Gewerbe wirklich besser, wenn nicht in solcher Illusionspolitik gemacht würde.

Eine große Differenz zeigen auch die Anträge beider Tarifparteien zur tariflichen Regelung der Ferien. Während die Gehilfen mehr Ferientage fordern, wollen die Unternehmer auch hier abbauen. Die Unternehmer beantragen:

„Die Feriendauer beträgt: Nach einer Beschäftigungsdauer von mindestens 1 Jahr, 3 Arbeitstage; mindestens 3 Jahren, 5 Arbeitstage; mindestens 6 Jahren, 8 Arbeitstage.“

Die Gehilfen sind verpflichtet, sich während der Ferienzeit auch durch die Bedienung einer 2. Maschine zu vertreten. Der 1. Mai ist Stichtag.“

Die Gehilfen fordern folgende Änderung der Ferienstaffel:

Im 1. Jahr der Beschäftigung 6, nach 3 Jahren 9, nach 6 Jahren 12 und nach 10 Jahren 15 Arbeitstage Ferien.

Von den übrigen Anträgen der Unternehmer sind noch folgende wegen der totalen Verkennung der gewerblichen Lage und der Stimmung in der Gehilfenschaft erwähnenswert:

1. Die Lohnzahlung soll wöchentlich Freitag nach Schluß der Arbeitszeit erfolgen.
2. Die Arbeitsnachweise sind an die städtischen Arbeitsnachweise anzugliedern.
3. Beide Vertragsparteien haften für den vollen Schaden, der aus der Nichteinhaltung der Bestimmungen dieses Tarifvertrages, bzw. aus Verstößen gegen dieselben seitens ihrer Organe oder ihrer Mitglieder entstehen.
4. Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nicht bestehen.
5. Strafgeelder dürfen erhoben werden. Dieses nicht gerade duftende Antragsbukett der Unternehmer dürfte genügen, um unsere Behauptung zu beweisen, daß es den Unternehmern entweder nicht ernst ist, das Tarifverhältnis fortbestehen zu lassen oder daß sie ihre Anträge selbst nicht ernst nehmen und nur Tarifberatungszauber machen wollen. Zum Überfluß sei auch noch eine Gegenüberstellung gegeben, was bei Schaffung des Tarifes 1919 in den Hauptpositionen als tragbar galt und was jetzt von den Gehilfen und den Unternehmern gefordert wird:

Arbeitszeit wöchentlich:		
1919	Gehilfen	Unternehmer
47 Std.	47 Std.	55 Std.
Überstunden:		
1919	Gehilfen	Unternehmer
80 Std.	120 Std.	240 Std.
Lehrlingsstaffel:		
1919	Steindrucker:	Unternehmer:
0-4 Geh., 1 Lehr.	Gehilfen:	0-2 Geh., 1 Lehr.
5-8 Geh., 2 Lehr.	Die bisherige	3-4 Geh., 2 Lehr.
9-12 Geh., 3 Lehr.	Regelung soll	5-6 Geh., 3 Lehr.
1-6 Geh., 1 Lehr.	bestehen bleiben.	7-8 Geh., 4 Lehr.
mehr		9-11 Geh., 5 Lehr.
		12-14 Geh., 6 Lehr.
		1-6 Geh., 1 Lehr.
		mehr
Lithographen:		
1919	Gehilfen:	Unternehmer:
0-6 Geh., 1 Lehr.	Die bisherige	Forderung wie
7-12 Geh., 2 Lehr.	Regelung soll	bei Steindruckern
1-10 Geh., 1 Lehr.	bestehen bleiben	
mehr		
Feiertagsbezahlung:		
1919: Alle Feiertage sind zu bezahlen.		
Gehilfen: Alle Feiertage sind zu bezahlen.		
Unternehmer: Im Höchstfalle werden 8 Feiertage bezahlt.		

Ferien:		
1919	Gehilfen:	Unternehmer:
1 Jahr, 4 Tage	1 Jahr, 6 Tage	1 Jahr, 3 Tage
3 Jahr, 6 Tage	3 Jahr, 9 Tage	3 Jahr, 5 Tage
10 Jahr, 9 Tage	6 Jahr, 12 Tage	6 Jahr, 8 Tage
	10 Jahr, 15 Tage	

Zu dieser Galerie versuchter Nötigungen kommen noch die beabsichtigten Unternehmerverbesserungen des Tarifparagrafen 14. Und das alles sollen die Gehilfen in freier Verhandlung womöglich noch mit Kußhand schlucken? Wer das glaubt, muß unbedingt die Hosen mit der Beißzange anziehen! Da selbst im Unternehmerlager kein so drolliger Kauz aufändig zu machen sein dürfte, der da glaubt, mit solchem Kinderschreck bei den Gehilfen irgendwelchen Eindruck schinden zu können, erweist sich die ganze Sache als Tarifverhandlungstheater, das nicht einmal als eine billige Befriedigung vorhandenen Agitationsbedürfnisses gewertet werden kann. Wenn der Schutzverband es nötig hat in innerer Agitation zu machen — und es scheint, er hat das nötig — dann ist es schon erforderlich, solche Sachen etwas anders aufzuzeigen. Denn daß auf der Grundlage der Unternehmeranträge dieses Jahr kein Tarif zu bauen ist, darüber dürften doch nirgends Zweifel bestehen. Aber selbst wenn der Tarif von 1924 mit seiner Fassade unternehmerlicher Inflationen wider aller Wahrscheinlichkeit ein weiteres Jahr in Geltung gesetzt würde, bliebe von den Unternehmeranträgen nicht ein Fatz übrig. Daß man damit nicht einmal einen Hund hervorlocken, geschweige denn Agitation machen kann, weiß jeder, auch wenn er von Organisationsarbeit keinen Schimmer hat. Als dunkel muß deshalb der Sinn des schutzverbändlichen Tuns bezeichnet werden, wenn ihm nicht die Absicht zugrunde liegt, den Tarif in die Luft zu sprengen und die Gehilfenschaft zum Kampfe zu provozieren. Daß der Schutzverband auf diesem schlüpfrigen Wege, der offensichtlich direkt in den Sumpf führt, jetzt die notwendige Gefolgschaft findet, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden, und es dürften auch nur wenige Schutzverbandsfirmen sein, die ihm auf diesem Wege folgen. Das weiß sicher auch der Schutzverband. Es bleibt deshalb nur anzunehmen übrig, daß der Wille des Schutzverbandes schon jetzt postuliert werden soll, in für ihn günstiger Zeit Grundlage des Handelns zu werden. Die Gehilfenschaft hätte demnach in den Anträgen des Schutzverbandes grundsätzliche Forderungen zu sehen, um die eines schönen Tages der Kampf entbrennen müßte. Um diesen Kampf, der notwendigerweise zum Ruin des Gewerbes führen muß, zu vermeiden, obliegt es den Gehilfenvertretern, bei den diesjährigen Tarifverhandlungen keinen Finger breit von dem abzugehen, was Vernunft erheischt festzuhalten. Es wird dadurch während der Verhandlungstage sehr wahrscheinlich zu außergewöhnlich harten Kämpfen kommen, aber lieber die Entscheidung heute gesucht als später. Es kann deshalb ruhig bei den Verhandlungen zum Ausdruck kommen, daß einem schlechten Kompromiß alle Wege gehilfenseitig verarmelt sind. Diese Klarheit kann dem Gewerbe und den Verhandlungen nur nützen. Damit dürfte gesagt sein, was unter solchen Umständen gesagt werden muß. Um es noch einmal zu unterstreichen: Die Gehilfenschaft ist für Abschluß eines neuen Tarifes für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe, wenn ihre berechtigten Forderungen einigermaßen Erfüllung finden, weil ein geregelter Arbeitsverhältnis die besten Garantien bietet, das am Gewerbe wieder einigermaßen gut zu machen, was Unternehmeregismus in den vergangenen Jahren an Unheil angerichtet hat. Wir betonen aber auch, daß die Gehilfenschaft nicht tariffreundlich unter allen Umständen ist. Mit Tarif, wenn es mit Tarif gehen kann, ohne Tarif, wenn kein annehmbares Ergebnis zu erzielen ist! So steht einhellig und geschlossen die Gehilfenschaft. Die Gehilfenschaft wartet dein Verhandlungsergebnis; dann wird dir die Antwort werden!

Die Gewerkschaften gegen die Mietensteigerung.

Die unterzeichneten Organisationen haben an die Reichsregierung, den Reichstag und die Regierungen der Länder am 23. April folgendes Schreiben gerichtet:

Die nachteiligen Folgen des verlorenen Krieges lasten besonders schwer auf den breiten Massen der Hand- und Kopfarbeiter, den Arbeitern, Angestellten, Beamten und gewerbetreibenden Mietern, die trotz erheblicher Verminderung ihres Realeinkommens wesentlich höhere Ausgaben für die notwendigen Lebensbedürfnisse zu leisten haben als in der Vorkriegszeit. Jede weitere Ausgabensteigerung ohne eine gleichzeitige Erhöhung des Realeinkommens verschlechtert die Lebenshaltung dieser Kreise und geht somit auf Kosten ihrer Arbeitskraft — ganz zu schweigen von der besonderen Not der Erwerbslosen, Sozialrentner, Kriegerrückbliebenen, Kleinerrentner, Kinderreichen usw. Gesteigert wird die Not der mittellosen erwerbstätigen Bevölkerung durch die starke Anspannung der direkten und indirekten Steuern, wie sie in der letzten Zeit erfolgt ist.

Unter diesen Umständen muß von diesen Kreisen jede nicht unbedingt notwendige Steigerung der Ausgaben ferngehalten werden, und zwar um so mehr, als der Reichswirtschaftsminister erst vor einigen Tagen im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärt hat, daß bei weiteren Lohnerhöhungen die Frage der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie ausschlaggebend ins Gewicht fallen müsse.

In stärkstem Widerspruch hierzu steht das Bestreben der Reichsregierung, in verhältnismäßig kurzer Frist die Friedensmiete wieder herzustellen, teils zur Befriedigung der Finanzbedürfnisse der öffentlichen Haushalte, teils zur Steigerung des Anteils des Hausbesitzes an der Miete. Demgegenüber erklären die unterzeichneten Organisationen,

1. daß der Ausgleich der öffentlichen Haushalte durch stärkere Heranziehung des Besitzes und der höheren Einkommen herbeigeführt werden muß;
2. daß aus der Miete nur Mittel für den Wohnungsneubau und für die Erhaltung der Altwohnungen aufgebracht werden dürfen, und zwar unter Schonung zahlungschwacher und zahlungsunfähiger Mieter;
3. daß die Hausrente nach dem Wegfall des weitestens größten Teiles der Hypothekentlasten nicht auf Kosten der Mieter gesteigert werden darf;
4. daß jede Steigerung der Miete, die vorwiegend der Erhöhung der Grundrente dient, als weitere einseitige Belastung der deutschen Wirtschaft zugunsten der kleinen und durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bereits besonders begünstigten Gruppe der Grund- und Hausbesitzer wirkt und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft vermindert;
5. daß eine weitere Mietsteigerung zur Zeit für die größte Zahl der Mieter untragbar, außerdem aber bei Beachtung der oben aufgestellten Gesichtspunkte auch wirtschaftlich nicht gerechtfertigt ist.

Die unterzeichneten Organisationen fordern von der Reichsregierung, dem Reichstag, den Regierungen der Länder und den Parlamenten, daß sie den obigen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten Rechnung tragen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestelltenbund, Reichsband deutscher Mieter e. V.

Arbeitszeitverlängerung und Produktionseinschränkung.

Nicht lange ist es her, wo das Unternehmertum, besonders die Schwerindustrie, durch die ihm zur Verfügung stehende kapitalistische Presse die öffentliche Meinung dahin bearbeitete, daß die deutsche Wirtschaft nur durch eine Steigerung der Produktion aus ihrem Tiefstand heraufgehoben, die allgemeine wirtschaftliche Lage nur auf diese Weise gebessert und eine Senkung der Preise herbeigeführt werden könne. Als unerlässlich hierfür wurde die Beseitigung des Achtstundentages sowie die Verlängerung der Arbeitszeit auf mindestens 10 Stunden bezeichnet. Willfährig wie immer, wenn es sich um Forderungen des Unternehmertums handelt, kam die Regierung denselben entgegen und schuf trotz des Widerspruchs der Gewerkschaften in der bekannten Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 die von den Unternehmern gewünschten Voraussetzungen für die Durchbrechung des bis dahin bestandenen gesetzlichen Achtstundentages. Diese benutzen die gebotene Gelegenheit zu einem allgemeinen Vorstoß gegen die Arbeitnehmerschaft um mit dem Achtstundentag aufzuräumen. Die Zeit war ihnen hierfür günstig. In der mit Festlegung der Wäh-

lung einsetzenden Stabilisierungskrise, der gewaltig anschwellenden Arbeitslosigkeit, die im Frühjahr und Sommer 1924 ihren höchsten Stand erreichte, der finanziellen Schwächung der Gewerkschaften durch die Inflation und dem eintretenden Mitgliederrückgang fanden sie für ihre Zwecke eine wirksame Unterstützung, so daß es ihnen unter der Ungunst dieser Verhältnisse in verschiedenen Industrien und Betrieben trotz des von den Gewerkschaften geleisteten Widerstandes gelang, eine wesentliche Verlängerung der Arbeitszeit durchzusetzen.

In vollem Umfange vermochte das Unternehmertum seine Absicht jedoch nicht zu erreichen. Es hatte die Widerstandskraft der organisierten Arbeitnehmerschaft unterschätzt. Das geht mit Deutlichkeit aus den Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hervor, die im Mai und November v. J. in sieben Industrien: Baugewerbe, Buchdruckgewerbe, chemische Industrie, Holzgewerbe, Metallindustrie, Schuhindustrie und Textilindustrie angestellt wurden. Von der Gesamtzahl der hierbei erfaßten Arbeitnehmer arbeiteten im Mai 54,7 v. H. mit einer Arbeitszeit von über 48 Stunden, 45,3 v. H. bis 48 Stunden. Im November dagegen nur noch 45,4 v. H. über 48 Stunden. Die Zahl der Arbeitnehmer, deren Arbeitszeit wöchentlich 54 Stunden überschritt, betrug im Mai 15 v. H., im November nur noch 10,7 v. H. Die gleiche Entwicklung zur Rückkehr zum Achtstundentag ergibt sich bei den Betrieben. Während im Mai noch 53,5 v. H. aller erfaßten Betriebe eine Arbeitszeitdauer von mehr als 48 Stunden aufwiesen, waren es im November nur noch 24,5 v. H., wobei besonders hervorzuheben ist, daß es sich vornehmlich um Großbetriebe handelt, deren technische Einrichtungen die längere Arbeitszeit am wenigsten als notwendig erscheinen ließ.

Inzwischen hat diese Entwicklung weitere Fortschritte gemacht, der Achtstundentag bzw. die 48 Stundenwoche beginnt sich trotz der Hebung der allgemeinen Wirtschaftslage wieder durchzusetzen. Selbstverständlich findet sich das Unternehmertum nicht freiwillig zu dieser Änderung bereit. Sie ist darin begründet, daß sich die Gewerkschaften wieder langsam erholen und alle Kräfte darauf konzentrieren, die frühere Arbeitszeit zurück zu gewinnen. Diese Bestrebungen sind um so berechtigter, als die von den Unternehmern als Folge der Arbeitszeitverlängerung in Aussicht gestellte allgemeine Senkung der Preise nicht eingetreten ist, die Lebensmittelpreise im Laufe des Jahres sogar eine empfindliche Erhöhung erfahren, ohne daß sie durch eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter ausgeglichen wurde. So stieg z. B. nach den Großhandelsindexziffern des Statistischen Reichsamts von Januar bis Dezember 1924 der Index für 18 verschiedene Lebensmittel, wobei der Durchschnitt von 1913 gleich 100 gesetzt ist, von 103 auf 127,2, für Textilien von 185 auf 209,8, für Metalle und Mineralöle von 112,5 auf 150,9 und die Gesamtindexziffer für 38 verschiedene Waren von 117,3 auf 131,1. Das Unternehmertum sah sich also in keiner Weise dazu veranlaßt, Preisgeständnisse zu machen, sondern setzte trotz der Verlängerung der Arbeitszeit, Verbilligung der Kohlenpreise und Herabsetzung der von der Reichsregierung zugestandenen Steuererleichterungen seine Auswucherungspolitik fort.

Bezeichnend für die Beurteilung der Verhältnisse ist die Lage des Kohlenbergbaues. Eines der Argumente für die Verlängerung der Arbeitszeit war bekanntlich auch die Vermehrung und Verbilligung der Kohlenförderung als die nächste und dringlichste Voraussetzung für die Sanierung der deutschen Volkswirtschaft. Dagegen war nichts einzuwenden, denn eine ausreichende und billige Kohlenförderung ist die Grundlage für eine Senkung der Preise in der weiterverarbeitenden Industrie, damit Hebung des Exports, der Ausgleichung der Handels- und Zahlungsbilanz sowie für die Hebung der Kaufkraft der breiten Massen. Die Bergarbeiter fanden sich bereit dazu, diesen Bedürfnissen durch Längerarbeit zu entsprechen. Das führte dazu, daß die Kohlenförderung von 8,79 im Januar auf 11,23 Millionen Tonnen im Dezember 1924 stieg und in den letzten sechs Monaten des Jahres sogar den Monatsdurchschnitt von 1913 überschritt. Das Ergebnis war, daß sich seit Ende Januar d. J. im Kohlenbergbau eine scharfe Absatzkrise entwickelte, die noch anhält und zur Einlegung von Feierschichten zwang. Bereits im Dezember mußten im Ruhrgebiet 102.000 Feierschichten eingelegt werden, im Januar 88.000 und im Februar gar 542.000. Dennoch sind die Haldenbestände auf 71 Millionen Tonnen angewachsen, so daß der vorhandene Kohlenvorrat bereits die Förderung eines ganzen Monats erreicht. Ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen Bezirken. Das hinderte die Unternehmer nicht, bei den Verhandlungen über die Arbeitszeitsfrage jedes Zugeständnis abzulehnen, so daß ein Schiedsverfahren eingeleitet werden mußte, wodurch das alte Abkommen mit einigen Abänderungen verlängert wurde. Die Absatzkrise durch Preiserhöhung zu vermindern, fällt

ihnen nicht ein, obgleich die deutschen Kohlenpreise den Friedensstand noch beträchtlich übersteigen und wesentlich höher als die der englischen Kohlen sind.

Wie das Unternehmertum nur von seinen Profitinteressen beherrscht wird und wie wenig ihm an einer Steigerung der Produktion zur Hebung der deutschen Wirtschaft gelegen ist, geht besonders klar aus dem Verhalten der Schwerindustriellen hervor. Der deutsche Stahlwerksverband — das neu geschaffene Kartell der deutschen Stahlindustrie — hat für den Monat März d. J. eine 20prozentige Produktionseinschränkung festgesetzt. Dabei meldet der Wirtschaftsbericht des Reichsarbeitsministeriums, daß sich die Lage der Eisenindustrie verbesserte, die Unternehmungen mit gutem Geschäftsgang ihren Anteil von 21 auf 22 v. H. und die mit befriedigender Beschäftigung von 57 auf 59 v. H. steigerten. Nach den eingekommenen Berichten für Februar d. J. wurde die Roheisenerzeugung gut abgesetzt, auch in Schlesien gestaltete sich der Abfuß ziemlich lebhaft. Die westfälische Walzeisenindustrie hatte im allgemeinen gute Beschäftigung, desgleichen die linksrheinische Edeltahlindustrie. Diesen Mitteilungen gegenüber erscheint die von dem Stahlwerksverband verfügte Produktionseinschränkung unverständlich. Das Rätsel löst sich jedoch, wenn man erfährt, daß bis zum Januar d. J. die Eisenpreise gestiegen sind, dann ein Stillstand eintrat und sich nun ein Sinken bemerkbar macht, dem durch die Produktionseinschränkung entgegengewirkt werden soll. Daß damit ein Fünftel der Arbeitnehmer beschäftigungslos wird, kümmert das Unternehmertum nicht. Die Hauptsache ist die Aufrechterhaltung, wenn möglich weitere Steigerung der Preise. Wird diese erreicht, so steht nichts im Wege, die Arbeitnehmer wieder zur Längerarbeit zu zwingen, um die günstige Konjunktur voll auszunutzen zu können. Der Arbeitnehmer spielt in diesem Kalkül des Unternehmertums gar keine Rolle.

Neu ist dieser Vorgang nicht. Es ist die gleiche Praxis, wie sie von allen Industrie-kartellen, besonders in der Nachkriegszeit betrieben wurde und mittelst deren sie bis auf den heutigen Tag ihre die Kaufkraft des deutschen Volkes verwüstende Preispolitik fortsetzen. Daß sie damit die Wirtschaft schwer schädigen, den Export lähmen und die Arbeitslosigkeit vermehren, wird von ihnen völlig unberücksichtigt gelassen. Und eigentümlich genug, gerät die öffentliche Meinung, die sich in der bürgerlichen Presse oft so wütend gebärdet, wenn die Arbeitnehmer für sich menschenwürdige Existenzbedingungen fordern und diese durch den wirtschaftlichen Kampf zu erzwingen versuchen, darüber in keine Aufregung. Achtlos geht man über derartige Praktiken des Unternehmertums hinweg, obgleich sie viel allgemeinere und deshalb schlimmere Wirkungen auslösen, als es bei den meisten Arbeitskämpfen der Fall sein kann. Für die Arbeitnehmer ergibt sich daraus die ernste Lehre, den Ausbau ihrer gewerkschaftlichen Organisation nicht zu vernachlässigen und alles daran zu setzen, einen ihrer Masse entsprechenden Einfluß auf die Gesetzgebung zu erzwingen, der sie in den Stand setzt, die kapitalistische Ausbeutung in all ihren Formen wirksamer als bisher zu bekämpfen.

Mattulat.

Stärkt den Verband!

Hindenburg ist Reichspräsident. Der eigenartige Ausgang des Wahlkampfes, die Wahl eines ausgesprochenen Monarchisten, gibt Veranlassung, die Begleitumstände, und vor allem die Folgen, einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Die Arbeiterpresse hat vor der Wahl ihren Lesern genügend klargelegt, was es zu bedeuten hätte, wenn der Kandidat der Rechtsparteien siegte. Die Gefahr ist leider, und nicht zum geringen Teile von den Arbeitern unterschätzt worden; haben doch selbst klassenbewußt sein wollende Arbeiter, Arm in Arm mit den bürgerlichen Wählern, Hindenburg zum Siege verholfen. Die Ursachen des Wahlausganges können sehr verschieden beurteilt werden. Die Gründe, wie: „Zersetzungstaktik der Kommunisten, Frauenwahlrecht, zu junges Alter der zum erstmaligen Wahlberechtigten, und nicht zuletzt die beispiellose Hetze der Rechts-„presse“ können als sehr stichhaltig angesehen werden. Auch als Gefühlssache ist die Wahl von sehr vielen aufgefaßt worden, war doch Hindenburg für weite Kreise des deutschen Volkes der „Heros“ desselben, vornehmlich der Frauen. Wir als Gewerkschafter sind nun weit entfernt davon in Pessimismus zu verfallen; das Gegenteil ist wohl eher der Fall. Wir wissen, daß es in der Entwicklung jeder Republik begründet liegt, daß sie Dornenwege zu gehen hat, speziell die junge deutsche Republik, und daß Jahrzehnte vergehen müssen, um den republikanischen Gedanken dem Volke einzuhaarn und damit zum dauerhaften, festen Fundament zu gestalten, an welchem alle Mächtschichten der Reaktion zerschellen müssen. Wenn nun die Folgen dieser Wahl nur die Wähler

des Rechtsblockkandidaten zu spüren bekämen, so könnte es uns nur recht sein.

Leider ist es in der Praxis aber so, daß das ganze Volk dieselben zu tragen hat. Es will mir scheinen als läge das Schwergewicht der Aufgaben der nächsten Zeit weniger im politischen, als vielmehr im gewerkschaftlichen Leben; hat es doch den Anschein, als ob der Idealismus und die politische Überzeugung der arbeitenden Massen einen Ruck nach rechts gemacht habe. Siehe Sachsen, Thüringen, Braunschweig. Dem ist jedoch nicht so. Nach gewaltsamen Umwälzungen folgt immer eine gewisse Reaktion des Gefühlslebens, eine Müdigkeit, welche sich erst auswirken muß, nachdem man eingesehen hat, daß auf einem Trümmerhaufen über Nacht nicht ein neues Gebäude errichtet werden kann. Aus dieser Lethargie wird der deutsche Arbeiter sich befreien. Das bedingt einfach die hohe kulturelle Anlage und Entwicklung in ihm. Unsere Aufgabe ist es nun, das Übel an der Wurzel zu fassen und mit allen Mitteln unsere Gewerkschaften zu fördern und zu stärken, damit dieselben in der Lage sind, jederzeit allen Anstürmen zu trotzen und den Hand- und Kopfarbeitern ihre Rechte zu verteidigen und zu sichern. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß durch den Sieg der Rechtsparteien den mit ihnen eng verbundenen Unternehmern der Kamm gewaltig geschwollen ist und die Zeit für sich gekommen erachtet, den Arbeiter in jahrelangem Ringen Erkämpftes wieder zu entreißen. An uns ist es nun, zu verhindern, daß dieses Tat wird. Aus Klugheitsgründen werden die Unternehmer nicht sofort in Aktivität treten, sondern ganz langsam, aber systematisch und zielbewußt, von einer Etappe zur andern, wird man vorzugehen versuchen, um unsere Rechte zu schmälern und uns in vorkriegszeitliche Verhältnisse zwingen zu wollen. Man wird sehr vorsichtig dabei zu Werke gehen, um den vielen Arbeiterwählern, denen man goldene Berge versprochen, nicht merken zu lassen, zu welchem Zweck sie mißbraucht werden sollen. Deshalb heißt es aufpassen und die Gewerkschaften stärken.

Es kann deshalb jedem Kollegen nur zugeföhrt werden: „Augen auf und immer gefechtsbereit sein, abseits stehende sind zu überzeugen und zu uns heranzuziehen. Damit schwächen wir die Gefahr im Rücken!“ Nur damit dienen wir unseren Gewerkschaften und der jungen Republik. Der Sieg des Sozialismus auf dem Wege der Demokratie sei unser Ziel. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Die Schlacht haben die Rechtsparteien gewonnen, den Krieg aber gewinnen wir!
H. K., Hildesheim.

Werbefilme.

Über die Bedeutung der Kinematographie ist man sich wohl in allen Kulturstaaten einig. Der Film ist und bleibt ein Kulturfaktor ersten Ranges und die vielfach berechnete Kritik, die Filmvorführungen auszuhalten haben, gilt nicht der genialen Erfindung, sondern dem Mißbrauch, der mit ihm getrieben wird. Wenn man sich von der Kintopp-Perspektive frei macht und sich vergegenwärtigt, was Wissenschaft und erste Kulturarbeit aus der Sache machen kann und angesichts vorliegender Ergebnisse schon gemacht hat, dann erst gewinnt man der Erfindung das richtige Format ab. Auch die Arbeiterschaft tut gut daran, wenn sie versucht, den Film nutzbringend für ihre Ziele und Bestrebungen zu verwerten. Die ersten selbständigen Versuche mit dem Film „Schmiede“, der ein Stück gewerkschaftlichen Tageskampf veranschaulichen wollte, und dem Film „Wenn ich den Wanderer frage“, den der Leipziger Ortsausschuß zusammensetzte, um für soziales Wandern propagandistisch zu wirken, sind durchaus ermutigend. In Verbindung mit dem Rundfunk werden wir uns daran gewöhnen müssen, daß die weiße Wand in den zukünftigen Wahlkämpfen eine ganz andere Rolle spielen wird, als in der nahen Vergangenheit. Die Möglichkeiten, durch das bewegliche Bild an die Massen heranzukommen, sind gegeben und daß geschickte Regie versteht, Wirkungen auszulösen, das können wir ja täglich beobachten, wenn auch an Objekten, die uns hinsichtlich ihres Wertes und inneren Gehaltes meistens recht wenig zusagen. Hoffentlich gibt es bezüglich der Benutzung der vorhandenen propagandistischen Möglichkeiten, die der Film Gewerkschaften und Arbeiterparteien ebenso bietet wie jeder anderen Unternehmung, keine Politik der verpatzten Gelegenheiten, die gewöhnlich erst dann erkannt wird, wenn die anderen bei der Wahrung ihres Vorteils schon mehr wie eine Nasenlänge voraus sind.

Die Industrie hat den Wert des Filmes für Reklame und technische Belehrung sehr wohl erkannt. Die Zahl der Werbefilme, die sich in den Dienst bestimmter Unternehmen stellen, um irgend eine Sache den Interessenten näher zu bringen, ist in stetem Wachsen begriffen. Man wird gegen diese Art Propaganda nichts einwenden können, wenn sie sich von dem Bestreben leiten läßt, der Wirklichkeit vor der Illusion

den Vorrang zu lassen. Etwas Schönfärberei wird man bei solchen Dingen immer in Kauf nehmen müssen. Das ist man gewöhnt von jeder Reklame, und vernünftige Menschen werden bei Anpreisungen aller Art, wenn sie den wahren Wert des Objektes erfassen wollen, immer gewisse Abstriche machen müssen. Dieser Übelstand liegt nun einmal im Wesen der Reklame begründet, und auch der versuchte gesetzliche Eingriff mit der Bestrafung wegen unlauteren Wettbewerbs, hat nicht sonderlich bessernd wirken können. Dabei soll durchaus nicht gesagt werden, daß jeder hemmungslos, — sagen wir einmal dichten darf, um seine Interessenten einzunebeln, sondern es muß mit aller Entschiedenheit die Forderung erhoben werden, neben den propagandistischen Drum und Dran den Kern der Dinge zweifelsfrei erkennen zu lassen.

Im Zeitalter der Offset-Psychose wäre es nun fast unnatürlich, wenn die Werbefilme nicht ebenfalls mit von der Partie wären. Werbefilme, die zur Steuer der Wahrheit für alle Interessenten zeigen, daß Offsetdruck — Flachdruck ist, die seine Vorzüge und auch seine Nachteile erkennen lassen und zu Nutz und Frommen solcher, die sich Offset-, also Flachdruck zulegen wollen, die Grenzen seiner Verwendungsmöglichkeit und damit auch seiner Rentabilität abstecken — solche Werbefilme haben wir nicht. Denn solche Filme würden nicht nur werbend, sondern vielfach auch ernüchternd wirken, und das ist meistens nicht das, so man will. Wir haben dafür aber Werbefilme von Maschinenfabriken, die vorwiegend auf die Vorzüge des Offsetdruckes aufgebaut sind und die hinsichtlich der anderen Fragenkomplexe des Problems mehr als einen Wunsch übrig lassen. Wir sahen bisher zwei solcher Filme und halten für notwendig, einiges dazu zu sagen.

Charakteristisch für beide Fälle ist zunächst der Umstand, daß mehr auf Laienpublikum als Besucher spekuliert wurde, deren Vertretungen auch den Vertrieb der Einladungskarten in der Hand hatten. Neben Unternehmern der Druckereien waren zahlreiche Grossisten und Verleger geladen und erschienen. Nach einem an sich begrüßenswerten Vorspiel, daß den Besuchern Einblick in die Produktionswerkstätten der Maschinenfabriken gewährte, begann der mündliche Vortrag, unterstützt durch einen Trickfilm, bei dem drucktechnisch alles vorzüglich klappte. Schwierigkeiten beim Offsetdruck waren nicht zu überwinden und wurden auch nicht erwähnt, und alles, was außer den Maschinen sonst noch zum Flachdruck gehört und was besonders für die wissenswert gewesen wäre, die erst Offset einrichten wollen, wurde ignoriert. Bequemstes Arbeiten stand bei den theoretischen Erläuterungen im Vordergrund der Dinge und, damit auch der Beweis nicht fehle, wurde auffallend oft auf einen Sitz verwiesen, von dem der Maschinendrucker die Sache beobachten kann. Das Kernstück waren die Leistungen, die die Maschine vollbringen soll. Die anwesenden Kaufleute spitzten die Ohren, notierten eifrig die genannten Zahlen und waren keinen Augenblick über die Wahrheit dieser Angaben im Zweifel, denn wenn man wiederholt auf den bequemeren Sitz hinweist, von dem der Drucker alles dirigieren kann, wo sollen denn dann Hemmungen herkommen, die die angegebenen Leistungen in Frage stellen. Die Angaben, daß die Hälfte der Arbeitskräfte erspart werden, wurde im Parkett ebenfalls gern gehört. Beim Verlassen des Raumes wurden dann noch Drucke gezeigt, ohne allerdings hinzuzufügen, daß diese auf einer anderen als der im Vortrag empfohlenen Maschine gedruckt worden waren.

Der zweite Vortrag für den eine andere Maschinenfabrik verantwortlich zeichnete, unterschied sich nicht viel von seinem Vorgänger. Allerdings zeigte man hier einen bescheidenen Teil der notwendigen Vorarbeiten die bezüglich der Plattenherstellung notwendig sind. Als Vorteil war das gegenüber dem anderen Film, der diese Arbeiten ignorierte, aber nicht anzusprechen, denn das Tempo und die Art der Arbeitsweise, die man auf der Leinwand sah, stand mit der Wirklichkeit im heftigsten Widerspruch. Was sind doch Taylor, Ford und andere Kapazitäten auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Betriebsführung und der raffiniertesten Arbeitsteilung für Stümper gegenüber einem Filmregisseur! Also auch hier die theoretische Konstatierung: die Präparation des Druckträgers ist nichts, die Schwierigkeiten beim Maschinendruck sind nichts, und nur die Mechanik der Maschine mit ihren errechneten Leertourenzahlen ist alles. Da man bei diesem Film bezüglich der Leistungsfähigkeit der Maschine etwas besonderes zeigen wollte, verteilte man wunderbare Photochromdrucke (Alpenlandschaft-n der Jungfrau-bahn-Gesellschaft). Das war in dieselben Blätter, von denen bei einer drucktechnischen Würdigung eine alte angesehene Fachzeitschrift schrieb: „... die das vollkommenste darstellen, was uns bis jetzt an Offsetdruck vor Augen gekommen ist“ und weiter „... sind die Blätter des Albums anscheinend mit Hilfe von sechs bis sieben Farben hergestellt“. Der Firma wird dann noch bezüglich des erzielten Ergeb-

nisses gratuliert und dem Offsetdruck ein Loblied gesungen. Wir hätten, und ebenfalls gern als Gratulanten eingefunden, wenn die Sache stimmen würde. Leider müssen wir dem Beurteiler und Mitarbeiter des Fachblattes Wasser, viel Wasser in den schäumenden Most seiner Bewunderung gießen. Nach sorgsamer Prüfung ermittelten wir der Farben neun und nach Erkundigung an Ort und Stelle wurden es deren elf. Verwendet wurden: Fleischton, Gelb, 1. Blau, 1. Rot, Grün, 2. Blau, Tiefe, 3. Blau, 2. Rot, 1. Grau, 2. Grau. Gefertigt wurden diese Blätter in einer Druckerei des Auslandes, die diese Art Druck, es handelt sich um Photochrom, seit langen Jahren als Spezialität betreibt und ihre ganze Einrichtung darauf eingestellt hat. Das Format war 55:88 cm. In diesem Lichte sieht die Sache natürlich ganz anders aus. Nach wie vor bleiben diese Drucke Meisterwerke der Druckkunst, bei denen aber eine sonst in der Praxis nur ganz selten angewendete Farbenzahl Vorbedingung ist, eine entsprechende Einrichtung und langjährig eingerichtetes Personal dazu. Da dies den bei solchen Vorträgen mit anwesenden Laienpublikum, Verlegern, Kaufleuten und Grossisten aber nicht gesagt wird, werden Anschauungen groß gezogen, die sich in der Praxis nicht erfüllen lassen und Differenzen in den Betrieben auslösen, deren Kosten meist von unseren Kollegen getragen werden müssen. Daneben werden Pläne bez. der Einrichtungen von Offsetabteilungen in Hochdruckbetrieben der Verwirklichung näher gebracht, die, wenn sie sich auf Grund der Schilderungen, Regieaufnahmen und verteilten Druckmuster solcher Werbefilme etablieren, Fehlgründungen werden müssen. Diese Werbefilme sind übrigens ein sprechender Beweis dafür, daß der Sättigungsgrad hinsichtlich der Anschaffung von Offsetmaschinen erreicht ist oder in absehbarer Zeit erreicht werden wird. Wenn dem nicht so wäre, würde man sicher die immerhin erheblichen Kosten solcher Filme sparen, die doch nur aufgewendet werden, um einer unserer Anstalt nach ganz natürlichen Absatzkrisis zu steuern. Bei der Bewahrheitung dessen, fallen auch die Konstruktionen in sich zusammen, die man in Zeitungen und auf Kongressen der staunenden Mitwelt in jüngster Vergangenheit vorgesetzt hat.

Unsere Kollegen erwächst bei solcher Situation die Pflicht, überall dort, wo die Werbefilme den Boden der Wirklichkeit verlassen, um sich in uferlosen Fernen der Illusionen zu verlieren, zu sagen, was vom Standpunkt des Fachmannes beurteilt, zur Steuer der Wahrheit gesagt werden muß. Wir dienen dabei dem Gewerbe und damit auch uns.

Techn. Arbeitsgemeinschaft der Mitgliedschaft Leipzig.

Preisschleuderei mit Hilfe von Ausschubspapieren.

Vor einiger Zeit wurde schon in einer Fachzeitschrift darauf hingewiesen, daß eine größere chemische Fabrik, die auch photographische Papiere fabriziert, dazu beitrage, durch eine ihr anscheinend alliierte oder nahestehende Druckanstalt billigere Bromsilberkopien zu liefern. Die angezogene Firma stellt es so hin, als ob sie auf die Preisgestaltung der Druckanstalt keinerlei Einfluß besitze. Nun ist es aber in einer Reihe von Firmen den beschäftigten Gehilfen längst kein Geheimnis mehr, daß in diesen Firmen, die mit Papierfabriken in Interessengemeinschaft stehen, mehr oder weniger Ausschubspapiere der letzteren verarbeitet werden. So lange dies nicht preisschleudernde Wirkungen auslöst, und dann die Schmutzkonzurrenz nicht lohnhemmend oder lohndrückend wirkt, müßte sich die Gehilfenschaft, wenn auch nicht freudig, damit abfinden. Trotzdem muß hierbei gesagt werden, daß auch die Gehilfen ein starkes Interesse daran haben, nur Qualitätsarbeit zu liefern, was mit Ausschubspapieren, wie jeder Fachmann weiß, in vielen Fällen nicht möglich ist. Wächst sich diese Art des Abstoßens der Ausschubspapiere aber schließlich dazu aus, durch Schmutzkonzurrenz die Lebenslage der Gehilfenschaft herabzudrücken, dann hat diese alle Ursache dem ganzen Problem die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es wäre wirklich notwendig, dann auch noch nachzuprüfen, in wie weit auch die Firmen, die sich auf diese Konkurrenz berufen, eventuell selbst Ausschubspapiere verarbeiten. Des ferneren wäre von Interesse, ob auch Konventionsfirmen diese Ausschubspapiere verarbeiten. Nur bei völliger Klärung dieser Fragen kommt man vielleicht der lohnhemmenden Tendenz solcher Tuns näher. Nicht nur die Kunstdrucker besonders und die Gehilfenschaft im allgemeinen haben an diesen Fragen ein lebhaftes Interesse, sondern auch die selbständigen Photographen, soweit sie mit dem Massendruck von Bromsilberkopien ihre Existenz fristen müssen. Vielleicht müssen wir auch dazu übergehen, nach genauer Prüfung die den Beruf schädigenden Firmen der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Daß die sonstige Fachpresse diesen Dingen nachgehen wird, wagen wir vorläufig noch zu bezweifeln.

Berufung des 12. Gewerkschaftskongresses.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beruft den 12. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, der der zweite Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sein wird, für den 31. August nach Breslau ein.

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Wahl der Kongreßleitung und der Kommissionen.
 2. Bericht des Bundesvorstandes.
 3. Die Sozialgesetzgebung in Deutschland.
 4. Die Organisationsfrage.
 5. Die Wirtschaft und die Gewerkschaften:
 - a) Die deutsche Wirtschaft,
 - b) die Wirtschaftsdemokratie.
 6. Beratung der Bundessatzungen.
 7. Wahl des Bundesvorstandes.
 8. Erledigung sonstiger Anträge.
- Der Kongreß wird am Montag, den 31. August 1925, vormittags 9 Uhr eröffnet und voraussichtlich bis einschließlich Sonnabend, den 5. September, tagen.

Die Vertretung auf dem Gewerkschaftskongreß regelt sich nach den Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Nach § 32 sind alle dem Bund angeschlossenen Verbände berechtigt, stimmbefähige Vertreter zu dem Gewerkschaftskongreß zu entsenden. Verbänden, die mit mehr als zwei Vierteljahrsbeiträgen oder mit Hilfsbeiträgen (§ 44) im Rückstande sind, kann durch Beschluß des Kongresses die Teilnahme oder das Stimmrecht auf dem Kongreß verweigert werden.

Auf je 15000 Mitglieder eines Verbandes entfällt nach § 33 ein Vertreter, desgleichen auf eine überschießende Mitgliederzahl, wenn sie mindestens 5000 beträgt. Verbände unter 15000 Mitglieder können gleichfalls einen Vertreter entsenden. Die Art der Wahl bleibt jedem Verband überlassen.

Anträge an den Kongreß können nach § 34 der Satzungen von jedem angeschlossenen Verband oder seinen Bezirks- und Ortsvereinen gestellt werden. Anträge einzelner Gewerkschaftsmitglieder werden nur dann zugelassen, wenn sie von einem Ortsverein oder dem Zentralvorstand der Gewerkschaft unterstützt werden.

Die Anträge müssen nach § 35 der Satzungen acht Wochen vor dem Kongreß, also bis zum 4. Juli, an den Bundesvorstand eingereicht werden, der sie spätestens sechs Wochen vor dem Stattfinden des Kongresses zu veröffentlichen hat.

Da nach den Satzungen des ADGB unser Verband nur einen stimmberechtigten Delegierten zum 12. Gewerkschaftskongreß entsenden kann, dürfte es als selbstverständlich gelten, daß dem Verbandsvorsitzenden die Vertretung des Verbandes auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß zufällt und jegliche Wahl sich dadurch erübrigt.

Bekanntmachung.

Der Streik der Steindruckerei in Gotha ist erfolgreich beendet. Der Tarif für das Lithographie- und Steindruckgewerbe ist unterschriftlich anerkannt. Entsprechende Lohnzulagen sind gewährt. Die Sperre über die Firma Perthes wird hiermit aufgehoben.

Der Verbandsvorstand.

Den Toten zum Gedächtnis!

1925.

† Am 12. März in Frankfurt a. M. **Paul Braun**, Zeichner aus Frankfurt a. M., 48 J. alt, an einer Magengeschwulstoperation, krank 1 W. u. 4 Tage. — Eingetr. in Frankfurt a. M. am 4. Mai 1919.

† Am 17. März in Hamburg **Gustav Röhrs**, Lithogr. aus Hamburg, 20 J. alt, freiw. aus dem Leben geschieden durch Vergiftung. — Eingetr. in Hamburg am 18. Januar 1925.

† Am 25. März in Hof-Göhlenau **Karl Krause**, Steindr. aus Klaischa, 51 J. alt, an Herzleiden, krank 5 Wochen. — Eingetr. in Hof-Göhlenau am 15. Februar 1925.

† Am 26. März in Dresden **Karl Schubert**, Steindr. aus Dresden, 62 Jahre alt, an Leberleiden, krank 14 W. u. 4 Tage. — Eingetr. in Dresden am 15. Juli 1893.

† Am 28. März in Magdeburg **Johannes Dörschel**, Steindr. aus Torgau, 72 J. alt, an Schlaganfall, Invalide seit 22. April 1923. — Eingetr. in Magdeburg am 20. April 1895.

† Am 28. März in Chemnitz **Max Meuselwitz**, Lithogr. aus Görnitz i. Schles., 59 J. alt an Herzleiden, krank 29 W. — Eingetr. in Chemnitz am 6. März 1921 (vorher Mitgl. im Bund der Technischen Angestellten u. Beamten seit 1. Dezember 1918).

† Am 29. März in Hamburg **Adolf Gries**, Steindr. aus Hamburg, 65 J. alt, an Schlaganfall u. Arterienverkalkung, Invalide seit 2. Juli 1922. — Eingetr. in Hamburg am 16. Dezember 1897.

† Am 2. April in Leipzig **Oskar Krenz**, Chemigr. aus Dresden, 46 J. alt, an Herzleiden, krank 25 W. — Eingetr. in Berlin am 5. Mai 1907.

† Am 2. April in Leipzig **Reinhold Friedrich**, Steindr. aus Leipzig-Connewitz, 73 J. alt, an Lungentuberkulose, krank 16 W. u. 4 Tage. — Eingetr. in Leipzig am 27. November 1903.

† Am 2. April in Berlin **Johannes Hein**, Steindr. aus Bürgerwiesen b. Danzig, 57 J. alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Berlin am 10. September 1899.

† Am 9. April in Leipzig **Willy Fellmann**, Steindr. aus Leipzig, 50 J. alt, an Rippenfellentzündung, krank 3 Tage. — Eingetr. in Leipzig am 4. Februar 1896.

† Am 10. April in Berlin **Hermann König**, Lithogr. aus Berlin, 65 J. alt, an Herzleiden, Invalide seit 28. September 1924. — Eingetr. in Berlin am 27. Juli 1898.

† Am 13. April in Leipzig **Paul Göricke**, Notendr. aus Leipzig-Connewitz, 38 J. alt, an Grippe u. Lungentzündung, krank 1 W. u. 1 Tag. — Eingetr. in Leipzig am 19. Januar 1919.

† Am 13. April in Hamburg **Georg Rohn**, Chemigr. aus Leipzig, 53 J. alt, an Lungentzündung, krank 7 W. u. 1 Tag. — Eingetr. in Hamburg am 3. April 1921.

† Am 17. April in Berlin **Heinrich Jockisch**, Steindr. aus Berlin, 54 J. alt, an Bauchfellvereiterung, krank 4 Tage. — Eingetr. in Berlin am 25. Juni 1899.

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw. unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbenen eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. **Der Verbandsvorstand.**

Tüchtiger Auto-Photograph Retuscheure, Farb - Aetzer Auto-Aetzer

zu sofortigem Eintritt in Dauerstellung gesucht. Ausführliche Bewerbungen mit Altersangabe und Lohnansprüchen an

Klischeefabrik **Gustav Heß**, Abteilung der Bauerschen Gießerei
Frankfurt a. M., W 13.

Zur Erweiterung meiner Abteilung werden äußerst tüchtige

**Reprodukt. - Photographen
Auto- und Strichätzer
Farbätzer, Andrucker
Fräser und Montierer**
in angenehme Dauerstellung gesucht.

Oskar Brandstetter, Leipzig.

Für unseren erweiterten Betrieb suchen wir zum sofortigen Eintritt

**2 Strich- und Autoätzer
1 Fräser und Monteur**

**Heußler & Co., G. m. b. H.,
Berlin SW 68, Kochstraße 5.**

Junger Korrektur-Lithograph

für Chromo und Schrift bei höchstem Lohn sofort gesucht.

Schillerwerk Godesberg Akt.-Ges., Godesberg a. Rh.

Tüchtige Auto-Aetzer,

1 Kopierer sow. Maschinenretusch.

in gutbezahlte Dauerstellung sofort gesucht. Angebote an

**Vereinigte chemigraphische Kunstanstalten K. A. Machleb,
Chemnitz, Theaterstraße 12.**

Wegen weiterer Betriebsvergrößerung in dauernde, höchstbezahlte Stellung gesucht

- 2 Reprod.-Photographen für Auto und Strich
- 3 Strichätzer
- 1 Fräser und Monteur

Labisch & Eisler G. m. b. H., Hamburg 1, Münckebergstraße 8.

1 Andrucker für Farben,

Farbenätzer, Positivretuscheure f. Maschin.

nur erste Kräfte, suchen gegen entsprechende Bezahlung und erbitten Angebote:

Dr. v. Löbbecke & Co., Erfurt.

Tüchtige Strichätzer

zum sofortigen Eintritt in gutbezahlter Dauerstellung gesucht.

**Carl Brunotte, Graphische Kunstanstalt und Klischeefabrik,
Düsseldorf, Kölner Straße 59.**

Nach Dresden!

Farben- und Autoätzer

in Dauerstellung bei guter Bezahlung gesucht. Nur Qualitätsarbeiter erwünscht. Zuschriften an
Markert & Sohn, Dresden-A. 10, Pillnitzer Str. 48-50.

1 Photograph, speziell für Strich und Auto

1 Ia Retuscheur

1 Ia Farbätzer

1 tüchtig. Chromolithograph, für unsere Offset-Abtlg.
in angenehme Dauerstellung sofort gesucht. Bewerbungen mit Mustern und Gehaltsansprüchen erbeten an

Ia Ankerstrand

zum sofortigen Antritt gesucht. Nur wirklich erstklassige Herren wollen sich melden.
**Hamburger Klischee-Comp., Inh. Richard Piezold,
Hamburg, Neuer Steinweg 94.**